

**Jürgen Reuter**<sup>1</sup>

## **Außenpolitik und außenpolitische Strategien Griechenlands in den neunziger Jahren. - Athens Balkan- und Europapolitik nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme**

### **Außen- und sicherheitspolitische Situation Griechenlands in den neunziger Jahren**

Durch den Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Ost- und Südosteuropa Anfang der neunziger Jahre und insbesondere seit der Durchführung freier Wahlen in diesen Ländern haben sich auch auf dem Balkan neue Entwicklungen ergeben. Der EU-Mitgliedstaat Griechenland - geographisch von den restlichen EU-Staaten getrennt - liegt inmitten dieser Balkan-Krisenregion, d.h. Griechenland grenzt an Staaten mit destabilen politischen Systemen. Entweder bestehen *bilaterale Konflikte* unterschiedlicher Ausprägung zwischen Athen und den Nachbarländern, oder *in diesen Nachbarstaaten* gibt es politische Destabilität, Konflikte oder Kriege. Meistens treffen aber beide Varianten aufeinander.

Konflikte Athens mit den politisch destabilen Nachbarländern:

Während Griechenland mit Bulgarien besonders seit 1973 teilweise recht freundschaftliche Beziehungen unterhält,<sup>2</sup> bestehen mit allen anderen Nachbarstaaten Streitpunkte unterschiedlicher Intensität. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre, vor allem bis 1994, verschlechterten sich die Beziehungen Athens zu seinen Nachbarn in einigen Fällen erheblich.

---

<sup>1</sup> Dr. Jürgen Reuter ist Mitglied des Kollegiums des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Studiengruppe Europa), Essen.

<sup>2</sup> Am 31.3.1973 wurde die "Gemeinsame Deklaration über die Prinzipien guter Nachbarschaft, gegenseitigen Verständnisses und Zusammenarbeit" zwischen Athen und Sofia unterzeichnet. Nach der Besetzung Zyperns durch die Türkei im Jahre 1974 änderte Griechenland sein Verteidigungsdogma. Die Bedrohung des Landes komme aus dem Osten (Türkei) während vom Norden her, insbesondere von Bulgarien (damals Mitglied des Warschauer Paktes) keine Gefahr drohe. Im September 1986 unterzeichneten Griechenland und Bulgarien erneut eine "Deklaration über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit". Vgl. Kyriakos Kentrotis: "Voulgaria", in: Thanos Veremis (Hrsg.): *Valkania - Apo ton dipolismo sti nea epochi*, Athen 1994, S. 219-433, insbes. S. 397 ff. und Heinz-Jürgen Axt, Heinz Kramer: *Entspannung im Ägäiskonflikt?*, Baden-Baden 1990, S. 42.

## Albanien - die Nordepirusfrage

Mit dem an Nordwestgriechenland anrainenden Land der Skipetaren gibt es ständig Differenzen wegen der im Süden Albaniens lebenden griechischen Minderheit. Die griechische Regierung fühlt sich für diese Minorität verantwortlich, was sie auch durch ihre Bezeichnung für dieses Gebiet ausdrückt. Als nördliche Fortsetzung der griechischen Provinz Epirus bezeichnet die griechische Administration dieses albanische Territorium als Nordepirus.<sup>3</sup> Vor allem während der kommunistischen Alleinherrschaft in Albanien war es wegen eines mangelnden Schutzes der Minderheitenrechte ein natürliches Anliegen Athens, sich für die Belange der dort lebenden griechischen Minderheit einzusetzen. Allerdings ist es fraglich, ob es diesem Bedürfnis nützlich war, wenn Athen jahrelang den Eindruck nicht verwischen konnte, daß territoriale Ansprüche gegenüber Tirana bestünden (Nordepirusfrage). Zwar wurde mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1971 wiederholt das Prinzip der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen verkündet, eine diesbezügliche explizite vertragliche Vereinbarung gab es aber nicht.<sup>4</sup>

In den Jahren 1994/95 entstanden gleich mehrere Krisen der griechisch-albanischen Beziehungen. Sie wurden durch folgende Ereignisse ausgelöst und wieder deeskaliert:

1. Durch einen Überfall von Mitgliedern der von Griechenland aus agierenden Extremistengruppe "Front zur Befreiung des Nordepirus" auf einen Posten der albanischen Armee im Grenzort Peshkepi am 10.4.1994.

2. Durch den umstrittenen Spionageprozeß im Sommer 1994 gegen Vertreter der in Albanien lebenden griechischen Minderheit.

3. Durch den Regierungsentwurf zur Verfassungsrevision, welcher der Bevölkerung Albaniens zur Volksabstimmung vorgelegt wurde, den die Bürger jedoch im November 1994 ablehnten. Der Entwurf enthielt das Erfordernis der albanischen Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für die Einsetzung von Oberhäuptern der großen Religionsgemeinschaften. Dadurch wäre es dem griechischen Metropoliten der albanischen autokephalen orthodoxen Kirche, Erzbischof Anastasios, verwehrt worden, sein Amt weiter auszuüben.

4. Im Januar 1995 gab es eine an beide Seiten gerichtete deutliche Aufforderung von Präsident Clinton, einen Dialog ohne Vorbedingungen zu führen.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu wie zum Folgenden: Vyron Theodoropoulos, Efstathios Lagakos, Georgios Papoulias, Ioannis Tsounis: *Skepsis kai Provlmatismoi gia tin exoriteriki mas politiki*, Athen 1995, S. 25 ff., sowie generell zum Nordepirusproblem aus der Sicht Athens: Ilias A. Antonopoulos: *Alvania & ellinoalvanikes scheseis 1912-1994*, Christodoulos Stavrou: *Die griechische Minderheit in Albanien*, Frankfurt/M. u.a. 1992 sowie die kritische Besprechung des Buches von Stavrou durch M. Schmidt-Neke, in: *Albanische Hefte*, Nr. 1/1995, S. 23-25.

<sup>4</sup> Vgl. Ilias A. Antonopoulos: *Alvania & ellinoalvanikes scheseis 1912-1994*, a.a.O., S. 32. Die gemeinsame Grenze ist auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki anerkannt, Griechenlands Außenminister Papaoulias betonte dies bei seinem Albanien-Besuch vom 13./14. März 1995. Der Abschluß eines bilaterale Grenzvertrages steht noch aus. (Vgl. *Archiv der Gegenwart* 1995, S. 39851 f.).

Am 13. und 14. März 1995 kam schließlich der Besuch des griechischen Außenministers Papoulias in Tirana zustande.<sup>5</sup> Als positives Ergebnis konnte nach diesem Besuch eine Vereinbarung über die Errichtung gemischter griechisch-albanischer Ausschüsse zur Lösung beiderseitiger Probleme verbucht werden. Dazu zählten das Minderheitenproblem in Südalbanien/Nordepirus, die Verhinderung illegaler Einwanderung von Albanern nach Griechenland und die Frage der Staatsangehörigkeit des in Albanien tätigen Erzbischofs der griechisch-orthodoxen Kirche.<sup>6</sup> Der Besuch Papoulias war zugleich Anstoß, weitere zwischenstaatliche Probleme in Angriff zu nehmen: So soll die Zusammenarbeit der Grenzbehörden beider Länder zur Eindämmung der illegalen Einwanderung von Albanern nach Griechenland intensiviert werden, eine Vereinbarung über den Schutz der religiösen wie bildungspolitischen Rechte der griechischen Minderheit in Albanien getroffen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden. Zentrales Anliegen der ökonomischen Zusammenarbeit war insbesondere die Gründung einer griechisch-albanischen Bank sowie die Schaffung von vereinfachten Bedingungen beim Aufbau gemeinsamer Unternehmungen in beiden Ländern.<sup>7</sup>

Tatsache ist, daß Griechenland im Jahre 1994 die Krise in den Beziehungen zu Albanien unvorbereitet traf und in eine Phase diplomatischer Schwäche fiel, die v.a. aus dem offenen Dissens mit Skopje (s.u.) resultierte, ein Konflikt, der Griechenland dauerhaft beschäftigte. Diese Erkenntnis dürfte auch die griechischen Administration gehabt haben, als sie sich nach anfänglichem Zögern deutlich erkennbar bemühte, die Auseinandersetzung mit Albanien zu deeskalieren, bevor auch diese Konfrontation in die Reihe der großen außenpolitischen "nationalen Themen" eingereiht werden mußte.<sup>8</sup> Seit Anfang 1995 stellte sich eine deutliche Entlastung des gespannten Verhältnisses Griechenlands mit seinem Nachbarn Albanien ein.<sup>9</sup>

Die große Zahl albanischer Einwanderer, legaler und illegaler "Gast"-Arbeiter in Griechenland schafft zusätzliche Probleme für das von großer Arbeitslosigkeit geprägte EU-Land. Unter den neuen Bedingungen seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme auf dem Balkan muß die griechische Albanienpolitik über den engen Rahmen der im Nordepirus lebenden Minderheit hinausblicken. Albanien ist ein Faktor auf dem sich neu formierenden Balkan. Sicherlich stellen die Skipetaren keine regionale Großmacht

---

<sup>5</sup> Vgl. Konrad Clewing: "Zwischen Instrumentalisierung und Brückenfunktion, Die griechische Minderheit in Südalbanien als Faktor in der Albanienpolitik Athens", in: *Südosteuropa* 6-7/1995, S. 413-432, bes. S. 413-416, und "Anoixte amesos dialogo", Interview mit Präsident Clinton, in: *Kathimerini* vom 8.1.1995, S.1 sowie "I systasi Klinton", in: Ebenda, S.11.

<sup>6</sup> Vgl. Iannis Kartalis: "Thetikos exelixeis sto voreio metopo", in: *To Vima* vom 19.3.1995, S. A 24.

<sup>7</sup> Vgl. "Elioson oi pagoi me ta Tirana", in: *To Vima* vom 19.3.1995, S. A 22.

<sup>8</sup> Vgl. "I alvaniki krisi aifnidiasse tin exoteriki mas politiki", in: *Kathimerini* vom 21.8.1994, S.3.

<sup>9</sup> Vgl. Konrad Clewing: "Zwischen Instrumentalisierung und Brückenfunktion, Die griechische Minderheit in Südalbanien als Faktor in der Albanienpolitik Athens", a.a.O.

dar, aber und hier liegt ein mögliches Problem, das Land ist ein mögliches Destabilisierungselement auf der Halbinsel. Außerhalb der Landesgrenzen lebt albanische Bevölkerung, die beispielsweise im jugoslawischen Kosovo die Bevölkerungsmehrheit stellt. Albaner sind als ethnische Minderheit ferner in Süd-Montenegro und im [in der ehemaligen] jugoslawischen [Republik] Makedonien<sup>10</sup> vertreten. Diese Bevölkerungsgruppe stellt ein Potential dar, welches aus verschiedenen Gründen mit den staatlichen Ordnungen der genannten Länder in Konflikt geraten kann. So wäre beispielsweise Griechenland von Unruhen der Albaner im Kosovo oder im benachbarten [in der ehemaligen] jugoslawischen [Republik] Makedonien, die sofort Albanien und auch Serbien auf den Plan riefen, direkt oder indirekt betroffen.

### **Bulgarien - Ende der "Achse" Athen-Sofia**

Beispielhaft für die griechische Bedrohungsperzeption ist die Wahrnehmung der innenpolitischen Entwicklung Bulgariens Anfang der neunziger Jahre. Athen war äußerst beunruhigt über den Ausgang der bulgarischen Parlamentswahlen vom Oktober 1991. Die Ängste ergaben sich aus der Tatsache, daß die Partei der in Bulgarien lebenden türkischen Minderheit, die "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (BRF), den Wahlsieger, die im bürgerlichen Lager angesiedelte "Union der demokratischen Kräfte", bei der Regierungsbildung unterstützte. Da die konservative Union eine Koalition mit den Sozialisten Bulgariens ablehnte, stützte sich die neue Regierung auf die Partei der türkischstämmigen Minderheit (BRF). Die BRF verhalf Ende 1991 mit einem Wähleranteil von 7,5 % Filip Dimitrov, dem Führer der aus einer Vielzahl von politischen Gruppen zusammengesetzten "Union der demokratischen Kräfte", zur Regierungsfähigkeit, indem sie dessen Minderheitskabinett im Parlament stützte.<sup>11</sup> In Griechenland wurde diese Konstellation mit Schrecken beobachtet. Schließlich seien die in Bulgarien lebenden Türken - so der Athener Standpunkt - in ihrem tiefsten Inneren auf das türkische Mutterland hin orientiert. Hellas befürchtete, daß die neue bulgarische Regierung dadurch an die Seite der in vielen politischen Streitfragen in Gegensatz zu Athen stehenden Türkei treten könnte, die damals tatsächlich versuchte, mit Sofia zu einem sicherheitspolitischen Ausgleich zu gelangen, der - so die türkischen Vorschläge - neben der Entmilitarisierung an der bulgarisch-türkischen Grenze auch die Perspektive gemeinsamer Flugmanöver, die Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung der Soldaten und die Erhöhung der Anzahl der Militärattachés vorsah. Am 20.12.1991 kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über Vertrauensbildung, Sicherheit und militärische Kontakte.

<sup>10</sup> Anm. der Red.: Die Klammern sind Ergänzungen der Redaktion. Der Autor meint mit "jugoslawisches Makedonien" die "Republik Makedonien", die im Jahre 1991 ihre politische Unabhängigkeit vom alten jugoslawischen Staatsverband erklärte und unter dem vorläufigen Namen "ehemalige jugoslawische Republik Makedonien" in die UNO aufgenommen wurde.

<sup>11</sup> Vgl. die Kommentierung der bulgarischen Parlamentswahlen in: *Kathimerini* vom 17.10.1991.

Der Vertrag definiert eine insgesamt 60 Kilometer breite Zone im Grenzgebiet beider Länder, in der keine Manöver durchgeführt werden sollen, an denen größere Verbände beteiligt sind. Militärische Übungen, an denen mehr als 10.000 Soldaten, 250 Panzer und 200 Mann starke Versorgungseinheiten beteiligt sind, müssen danach vorher angekündigt werden. Zu Militärübungen mit mehr als 12.000 Soldaten müssen Beobachter gestattet sein.<sup>12</sup>

Die starke politische Rolle der Partei der türkischen Minderheit paßte nach griechischer Ansicht in die türkische Strategie der Unterstützung und Beeinflussung autonomer politischer Gebiete moslemisch-türkischer Minderheiten auf dem gesamten Balkan. Die griechische Regierung war sich nach diesen Entwicklungen nicht mehr sicher, ob der noch kurz vor der Wahl mit Bulgarien abgeschlossene Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit auch wirklich die erhoffte politische Achse Sofia-Athen begründen würde.<sup>13</sup> Zudem hatte die bulgarische Regierung bereits im Januar 1992, die Teilrepublik Makedonien nach deren Abtrennung vom zerrütteten jugoslawischen Bundesverband als unabhängigen Staat anerkannt. Besonders bitter war für die damalige konservative griechische Regierung der "Neuen Demokratie", daß dieser Schritt ausgerechnet von der bulgarischen "Schwesterpartei", der in Sofia regierenden "Union der demokratischen Kräfte", ausgeführt worden war, der man seinerzeit durch massive (materielle) Wahlkampfhilfe mit zur Macht verholfen hatte. Außenminister Samaras konnte in dieser Anerkennung Skopjes damals folgerichtig zunächst das Ende der griechisch-bulgarischen "Achse" sehen.<sup>14</sup> Nun ging Athen von der Bildung einer "Achse" Sofia-Ankara aus: "Die Beziehungen Athens mit Sofia wurden erheblich verändert. Die neue bulgarische Regierung sucht unter dem Druck der inneren Probleme und des Fehlens internationaler militärischer Unterstützung die Lösung ihrer Sicherheitsprobleme mittels Annäherung an Ankara." Die Beziehungen Griechenlands zu Bulgarien seien negativ von dem Gegensatz zwischen Erwartungen und Taten beeinflußt worden: "Der Eindruck einer 'regionalen Supermacht', den Athen zu kultivieren erstrebte, die Versprechen, die Herr Mitsotakis im Januar bei seinem Besuch in Sofia gab, wurden vom furchtbaren Zustand der griechischen Wirtschaft umgestoßen."<sup>15</sup>

Auch später spielte die BRF noch eine wichtige Rolle in der bulgarischen Politik: Die bulgarische Regierung war lange ohne die Partei der türkischen Minderheit politisch nicht handlungsfähig: Regierungschef Dimitrov war auf die Stimmen der "Türken-Partei" angewiesen und der im Januar 1992 wiedergewählte bulgarische Präsident Želew wäre ohne die Unterstützung der türkischen Stimmen kaum noch einmal in dieses Amt gekommen. Die BRF konnte ihre Rolle als "Königsmacher" Ende Oktober 1992 nochmals ausspie-

<sup>12</sup> Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1991, S. 36340.

<sup>13</sup> Vgl. Kyriakos Kentrotis: "Voulgaria", a.a.O., S. 406 f.

<sup>14</sup> Vgl. "Die Konfliktgefahren auf dem Balkan", in: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) vom 21.1.1992, S.4.

<sup>15</sup> Zitate aus: "I monaxia tis Elladas sta Valkania", in: *To Vima* vom 29.12.1991, S.16, vgl. auch "Wiederannäherung zwischen Athen und Sofia", in: NZZ vom 27.5.1992, S.4.

len: Sie entzog Ministerpräsident Dimitrov bei einer Abstimmung über die Vertrauensfrage mehrheitlich ihre Unterstützung, worauf diese Regierung am 28. Oktober 1992 ihren Rücktritt erklärte.<sup>16</sup>

Insbesondere seit die konservative Regierung ihre Mehrheit im Parlament bei den Wahlen vom Dezember 1994 verloren hatte und die Sozialistische Partei die absolute Mehrheit erringen konnte, stellte sich Optimismus bei den griechischen Politikern ein.<sup>17</sup> Nun war eine Regierungsbeteiligung der mit Argwohn betrachteten "Türken-Partei" ausgeschlossen. Seitdem bemüht sich Griechenland um eine Wiederbelebung der bis zum Sturz des Kommunismus guten Beziehungen mit Sofia. Allerdings gibt es einige Hindernisse welche eine Wiederbelebung der engen "Achse" Athen-Sofia in Frage stellen. Aus der bulgarischen Hauptstadt kommen Vorwürfe, wonach Athen eine engere Bindung Sofias an die EU behindere. Im Übrigen hatten auch die Sozialisten vor der Wahl angekündigt, zur Erhaltung eines "Gleichgewichtes" zwischen Griechenland und der Türkei beitragen zu wollen, also gleiche Distanz zu den beiden Kontrahenten halten zu wollen.<sup>18</sup>

Andere Probleme wie der Transport von Erdgas und Öl aus Rußland über Bulgarien nach Griechenland, die Wasserversorgung des Flusses Nestos sowie die Öffnung zusätzlicher Grenzübergangsstellen sind bisher unterschiedlich erfolgreich weiterentwickelt.<sup>19</sup> Am 22.12.1995 unterschrieben Athen und Sofia ein Abkommen über die Nutzung der Wasservorkommen des Flusses Nestos, das Griechenland 29 % des Wasseraufkommens garantiert. Bulgariens Präsident Želev verweigerte allerdings am 10. April 1996 seine Unterschrift unter das Abkommen, so daß das bereits vom Parlament ratifizierte Abkommen erneut verabschiedet werden mußte. Die Sozialistische Partei ließ keinen Zweifel daran, daß dies dank ihrer absoluten Parlamentsmehrheit geschehen würde. Von Seiten der bulgarischen Opposition wurde eingewendet, daß Bulgarien selbst eine Dürreperiode durchmache und diese Wassermenge nicht an Griechenland abtreten könne. Das Abkommen über die Neueröffnung dreier Grenzübergangsstellen (ebenfalls am 22.12.1995 unterschrieben) zwischen beiden Ländern wurde hingegen, nachdem es am 28.3.1996 einstimmig vom Parlament ratifiziert wurde, von Želev unterzeichnet.<sup>20</sup>

### Athen-Skopje und das Makedonienproblem

In Griechenland wurde seit Beginn der neunziger Jahre das "Makedonien-Problem", bei dem es im Kern um die Frage der Namensgebung des Nachbarstaa-

<sup>16</sup> Vgl. *To Vima* vom 22.11.1992.

<sup>17</sup> Vgl. zu den Ergebnissen: "Sosialistes oi megaloi nikites", in: *Kathimerini* vom 20.12.1994, S. 9.

<sup>18</sup> Vgl. "Ta erotimata ton eklogon", in: *Kathimerini* vom 11.12.1994, S. 26.

<sup>19</sup> Vgl. "Krinontai polla stis scheseis me ti Sofia", in: *To Pontiki* vom 23.3.1995.

<sup>20</sup> Vgl. "Arnithike na prosypograpsi gia to Nesto o Zeliou Zelef", in: *Kathimerini*, vom 11.4.1996, S. 4, "Enochlimeni i Voulgaria apo tis exelixeis me Skopia", in: *Eleftherotypia* vom 12.4.1996, S. 3, "Ta ethnika themata anamenoun tis epiloges tou k. K. Simiti", in: *Kathimerini* vom 21.1.1996, S. 9.

tes geht, zu einer nationalen Existenzfrage überhöht.<sup>21</sup> Allein schon in der Namensgebung des [der ehemaligen] jugoslawischen [Republik] Makedonien sah Griechenland vor allem in den Jahren 1991 bis 1993/94 eine Provokation, da aus Athener Sicht der Begriff "Makedonien" mißbraucht werde. Nach griechischer Auslegung bezeichnet "Makedonien" in der Gegenwart lediglich eine Landschaft die sich über drei Staaten erstreckt und zu 51 % zum griechischen Staatsgebiet gehört.<sup>22</sup> Folgerichtig dient in Athen die Hauptstadt Skopje zur Kennzeichnung des nördlichen Nachbarn: Man spricht immer noch von der "Republik der Skopjer". Die Angelegenheit wurde vor allem in den Jahren 1992/93 öffentlich so diskutiert, als würde hier exemplarisch entschieden, ob sich das Land in einer feindlichen Umwelt behaupten könne oder nicht. Die Außenpolitik Athens konzentrierte sich zu jener Zeit fast ausschließlich auf das "Makedonien-Problem". Diese Verengung politischer Aktivität fand ihren Kristallisationspunkt in der thematischen Zuspitzung auf die Frage, ob man es zulassen könne, daß der Begriff "Makedonien" im Staatsnamen des nördlichen Nachbarlandes enthalten sei. Damit war über längere Zeit die Möglichkeit ausgeschlossen, zu einem *modus-vivendi* zu gelangen und regelbare Fragen zwischen Athen und Skopje zu lösen. Erst durch das Interim-Abkommen vom 13.9.1995 wurde diese Phase beendet. Zentrale Streitpunkte wurden behoben: So erfolgte in dem Abkommen eine Absage an grenzrevisonistische Positionen, irredentistische Ansprüche in Gestalt des Schutzes und der Fürsorge für die "Schwester und Brüder in 'Ägäis-Makedonien'" wurden als vertragswidrig gekennzeichnet, die gleichberechtigte Mitarbeit Skopjes in internationalen Organisationen gesichert und das "entliehene" Symbol der "Sonne von Vergina" wurde von der Nationalflagge Skopjes entfernt, woraufhin Athen sein Wirtschaftsembargo aufhob. Den Namenstreit allerdings klammert das Abkommen aus und verweist auf eine künftige Übereinkunft in dieser Frage.

### Differenzen auch mit den Staaten der Europäischen Union

Vergleicht man die Situation vor 15 Jahren (Beitritt Griechenlands zur EG) mit der heutigen Konstellation, dann wird deutlich, daß die Rolle Griechenlands in den Bündnissen (EG, NATO) früher nicht zuletzt durch dessen wichtige geostrategische Lage charakterisiert war: Das Land grenzte immerhin an drei sozialistische Staaten. Das Bestreben um Zusammenarbeit auf dem Balkan und der Grundsatz von der unbedingten Respektierung des status

<sup>21</sup> Vgl. zur Entwicklung der Beziehungen Athen-Skopje, zu den diversen Lösungsvorschlägen für einen Vertragsabschluß und zum Interim-Abkommen vom 13.9.1995 ausführlich: Jürgen Reuter: "Athens schwieriger Weg zum Abschluß eines Interim-Abkommens mit Skopje", in: *Südosteuropa Mitteilungen* 4/1995, S. 333-359, Christos Rozakis: *Politikes kai nomikes diastaseis tis metavatikis symfonias tis Neas Yorkis metaxi Elladas kai PGDM*, Athen 1996, Heinz-Jürgen Axt: "Zeichen der Hoffnung?", in: *Südosteuropa* 2/1996, S. 187-190.

<sup>22</sup> Die geographische Region Makedonien erstreckt sich über Griechenland, Bulgarien und über das [ehemalige] jugoslawische Makedonien.

quo war ein zentrales Fundament der griechischen Balkanpolitik seit der Redemokratisierung des Landes im Jahre 1974. Damit trug Athen nicht zuletzt zu einer Klimaverbesserung in einer Region bei, in der so unterschiedliche Länder wie der NATO-Staat Griechenland, die Warschauer-Pakt-Staaten Bulgarien und Rumänien, das blockfreie sozialistische Jugoslawien und das isolierte kommunistische Albanien lagen. Dadurch konnte aber nicht der Nationalismus und die in der Region bestehenden Minderheitenprobleme und deren jeweilige Instrumentalisierung durch verschiedene Regierungen neutralisiert werden.<sup>23</sup>

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatenbündnisses suchen die vormals sozialistischen Länder bzw. ihre Nachfolgestaaten nun die Nähe zur EU. Die "Wende von 1989/90" führte zu einem objektiven Bedeutungsverlust Griechenlands in Europa, denn nun ist das Land nicht mehr "Frontstaat" im Ost-West-Konflikt. Wie schon während der Beitrittsverhandlungen Griechenlands mit der EG wird auch heute wieder die Frage nach der *Nützlichkeit* einer griechischen Mitgliedschaft in der EU gestellt. In der französischen und englischen Presse werden Politiker erwähnt, die, auf Griechenland anspielend, mehr oder weniger offen bedauern, daß die Statuten der EU keine Regelungen für die Entlassung eines Mitgliedes aus der Staatengemeinschaft vorsehen.<sup>24</sup> Zu dieser Stimmung in der EU tat die Athener Außenpolitik noch ein übriges.

In den letzten Jahren macht sich jedoch in Griechenland eine Umorientierung der Außenpolitik bemerkbar. Nachdem im Jahre 1994 und Anfang 1995 deutlich wurde, daß Griechenland sich vor allem mit seiner Haltung gegenüber Skopje zunehmend isoliert hatte,<sup>25</sup> wurden in der Diskussion um die Stellung und die Rolle Athens im vereinigten Europa verstärkt selbstkritische Stimmen laut. Griechische Politiker forderten eine direkte Teilnahme des Landes an allgemeinen Problemen, welche die Staatengemeinschaft als Ganzes betreffen. Es genüge nicht, so eine Studie zur griechischen Außenpolitik, die Aktivitäten innerhalb Europas allein auf Themen zu beschränken, die ausschließlich Athen beschäftigten. Griechenland habe in Europa den Eindruck geschaffen, wonach sich die Solidarität der EU-Staaten auf deren Anteilnahme an den Problemen Griechenlands zu beschränken habe, während sich Athen nicht um die Anliegen der EU oder der einzelnen Länder zu kümmern brauche.<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Vgl. Stawros Ligeros: *Skopia, To agathi tis Valkanikis*, Athen 1992, S. 13.

<sup>24</sup> Damianos Papadimitropoulos: *I Ellada sti Valkaniki Krisi*, Athen 1994, S. 19.

<sup>25</sup> Wegen des gegenüber der Republik Makedonien im Februar 1994 verhängten Handelsembargos wurde Griechenland im April 1994 (Athen hatte damals die EU-Ratspräsidentschaft inne) von der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt; Vgl. dazu Jürgen Reuter: "Athens schwieriger Weg zum Abschluß eines Interim-Abkommens mit Skopje", a.a.O., S. 345 f. und 350 f.

<sup>26</sup> Vgl. Vyron Theodoropoulos, Efstathios Lagakos, Georgios Papoulias, Ioannis Tsounis: *Skepsis kai Provlimatismoï gia tin exoriteriki mas politiki*, Athen 1995, S. 17-20.

## Verschärfung des Konfliktes mit der Türkei

Mit der Türkei steht Griechenland traditionell in einem äußerst konfliktreichen Verhältnis: Strittig sind v.a. die Ausdehnung der Territorialgewässer, die Abgrenzung des Festlandsockels in der Ägäis und die Begrenzung des Luftraumes zwischen beiden Staaten und die Besetzung des Nordteils Zyperns durch die türkische Armee, die nun bereits seit 1974 andauert. Weitere Konfliktpotentiale liegen in der Behandlung und den Aktivitäten der moslemischen Minderheit in West-Thrakien sowie der griechischen Minderheit in Istanbul, die Frage des militärischen Status der griechischen Ostägäis-Inseln und nicht zuletzt der Existenz einer mit zahlreichen Landungsbooten ausgestatteten militärischen Einheit in Izmir, der sogenannten 4. Armee ("Ägäis-Armee").<sup>27</sup>

Die Geschichte der griechisch-türkischen Beziehungen wird in Griechenland, insbesondere seit dem Zypern-Konflikt 1974, folgendermaßen betrachtet: Die Türkei habe systematisch das Feld der Differenzen mit Athen erweitert und gezeigt, daß Ankara nicht davor zurückschreke, mit Gewalt zu drohen oder diese auszuüben. Dies gelte sowohl für die Situation der griechischen Minderheit in Istanbul, als auch für die Zypern-Frage und ebenso für die Konflikte in der Ägäis.<sup>28</sup> Die Türkei, so die griechische Überzeugung, ziehe es vor, die Differenzen mit Griechenland bilateral zu behandeln, um ihr Machtpotential stärker zur Geltung bringen zu können, während sie sich sowohl von rechtlichen Regelungen unbeeindruckt zeige (Zwischenfälle in der Ägäis), als auch Entscheidungen internationaler Organe ablehne (Zypern-Frage). Aus diesem Grund müsse Athen zum einen militärisch gewappnet sein, zum anderen aber auch in den internationalen Organisationen verstärkt nach Bündnispartnern suchen, die direkt oder indirekt Griechenland zur Seite stehen könnten. Die *bilaterale* Auseinandersetzung mit der Türkei habe dage-

<sup>27</sup> Vgl. zum Verhältnis Griechenland-Türkei grundsätzlich (mit weiterführenden Literaturhinweisen): Ronald Meinardus: *Die Türkei-Politik Griechenlands, Der Zypern-, Ägäis- und Minderheitenkonflikt aus der Sicht Athens (1967-1982)*, Frankfurt/M.-Bern-New York 1985, Heinz-Jürgen Axt, Heinz Kramer: *Entspannung im Ägäiskonflikt?*, Baden-Baden 1990, Heinz Richter: *Friede in der Ägäis? Zypern, Ägäis, Minderheiten*, Köln o.J. (1989), Thanos Ntokos, Nikos Protonotarios: *I stratiotiki ischys tis Tourkias - Proklisi gia tin elliniki asfaleia [Die militärische Stärke der Türkei - Herausforderung für die griechische Sicherheit]* Athen 1994, *I ellino-tourkiki diafora gia tin yfalokripida tou Aigaiou, Enallaktikes lyseis kai protaseis [Der griechisch-türkische Streit über den Festlandsockel in der Ägäis, Alternative Lösungen und Vorschläge]*, Athen 1992, Thanos Veremis: *Ellinotourkikes scheseis [Griechisch-türkische Beziehungen]*, Athen-Komotini 1991.

<sup>28</sup> Die Türkei drohte im Streit um die Küstengewässer für den Fall, daß Griechenland seine Hoheitsgewässer - entsprechend dem Völkerrecht - von 6 auf 12 Seemeilen ausdehnen würde mit dem "casus belli". So ermächtigte die türkische Nationalversammlung am 8. Juni 1995 die Regierung im Falle der Ausdehnung der Hoheitsgewässer gegen Griechenland mit "allen für notwendig erachteten - einschließlich militärischen Maßnahmen" vorzugehen, "um die vitalen Interessen unseres Landes zu schützen". Zit. nach: *Archiv der Gegenwart*, 1995, S. 40054.

gen in der gesamten griechischen Geschichte niemals ein gutes Ende gefunden.<sup>29</sup>

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes verstärkte sich sogar die Fixierung der griechischen Außenpolitik auf die Türkei, denn beispielsweise waren nun einige Balkanstaaten nicht mehr automatisch Bündnispartner im Konflikt mit Ankara. Die vom bulgarischen Staatspräsidenten Želev propagierte "Politik des gleichen Abstands" gegenüber beiden Kontrahenten (auf die bereits hingewiesen wurde) ist hierfür ein markantes Beispiel.<sup>30</sup> Seit Anfang der neunziger Jahre befürchtete Athen sogar die "Einkreisungsabsicht" Ankaras durch die Herstellung von Bündnissen mit den nördlichen Nachbarn Griechenlands. Seit 1994 jedoch wird dieser Vorwurf weniger pauschal erhoben, denn auch Athen hatte wohl gemerkt, daß der Einfluß Ankaras auf die Balkanstaaten geringer war, als zuvor (vermutlich auch von Ankara) angenommen. Seit diesem Zeitpunkt betreibt Griechenland eine konstruktivere und selbstbewußtere Kooperationspolitik gegenüber den nördlichen Nachbarn. Einige innenpolitische Veränderungen (z.B. der Wahlsieg der Sozialisten in Bulgarien Ende 1994 und der Bedeutungsschwund der Partei der türkischen Minderheit im bulgarischen Parlament<sup>31</sup>) haben mit zu diesem Wandel Athens beigetragen. Vor allem aber ist die Entschärfung der Konflikte mit Albanien und dem [der ehemaligen] jugoslawischen [Republik] Makedonien im Jahre 1995 zu nennen.

### **Der griechisch-türkische Konflikt und die Auseinandersetzung um die Felseninsel Imia, 1996**

Anfang 1996 spitzte sich der griechisch-türkische Konflikt abermals zu. Anlaß war der Streit um die Zugehörigkeit einer kleinen Felseninsel in der Ägäis, die sogenannte Imia-Krise. Die Sprengkraft, die dieser Zwischenfall innerhalb weniger Tage entwickelte, warf abermals ein Licht auf das überaus angespannte Verhältnis der beiden Nachbarländer. Nach der Krise war die griechische Regierung noch mißtrauischer gegenüber Staaten, die nicht eindeutig für Griechenland Partei ergreifen, wie unlängst bei der recht offen ausgesprochenen Ausladung von US-Staatssekretär Holbrooke im Gefolge der Imia-Krise im Februar 1996 deutlich wurde.<sup>32</sup> Rußland hingegen wurde vom griechischen Parlamentspräsidenten, Apostolos Kaklamanis, anläßlich einer Reise am 12. Mai 1996 in Moskau für seine Haltung gelobt: Rußland sei der

<sup>29</sup> Vgl. Vyron Theodoropoulos, Efsthathios Lagakos, Georgios Papoulias, Ioannis Tsounis: *Skepsis kai Provlmatismoi ...*, a.a.O., S. 53-59.

<sup>30</sup> Vgl. Sabine Riedel: "Bulgarien", in: Gerhard Wettig(Hrsg.): *Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Südosteuropa*, Köln 1995, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Mai 1995, S. 15-23, insbes. S. 18.

<sup>31</sup> Vgl. "Sozialistes oi megaloi nikites", in: *Kathimerini* vom 20.12.1994, S. 9.

<sup>32</sup> Vgl. "Holbrooke unerwünscht in Griechenland", in: NZZ vom 6.2.1996, S. 1; "Holbrooke sagt Besuche in Athen, Ankara und Zypern ab", in: NZZ vom 7.2.1996, S. 2.

erste Staat (von allen europäischen Ländern) gewesen, der gleich zu Beginn die griechische Position im jüngsten Streit Athens mit Ankara (Imia-Krise) unterstützt habe. Rußland habe deutlich gemacht, daß es auf Seiten Griechenlands stehe, weil das Völkerrecht die Athener Position stütze.<sup>33</sup> Was war in der Ägäis passiert?<sup>34</sup>

Am 25. Dezember 1995 strandete ein türkisches Handelsschiff bei der aus mehreren Felsen bestehenden Inselgruppe Imia (türkisch: Kardak) östlich der Dodekanes-Insel Kalymnos. Der Kapitän lehnte griechische Hilfe mit dem Argument ab, er befinde sich in türkischen Hoheitsgewässern und verlangte ein türkisches Schiff. Ein griechischer Schlepper zog 2 Tage später dann doch das gestrandete Schiff ins Meer hinaus. Am 29. Dezember 1995 und am 9. Januar 1996 tauschten Ankara und Athen in diplomatischen Noten ihre Standpunkte zu dem Vorfall aus: Athen zufolge gehören die Inseln zur Dodekanes-Gruppe, die Türkei betonte, daß die Inseln im Kataster des Küstenortes Mugla verzeichnet und folglich türkisch seien. Der griechische Standpunkt stützt sich auf die Verträge von Lausanne aus dem Jahre 1923 (Artikel 15) und den Pariser Friedensvertrag von 1947 zwischen den Alliierten und Italien (Artikel 14). In beiden Verträgen ist von den Dodekanes-Inseln *und den umliegenden Inselchen* die Rede. Diese Inseln wurden 1923 von der Türkei an Italien und 1947 von Italien an Griechenland abgetreten. Am 25. Januar 1996 hißte der Bürgermeister von Kalymnos gemeinsam mit drei Bürgern auf einer der Felseninseln die griechische Flagge. Zwei Tage später flogen Redakteure der türkischen Zeitung "Hürriyet" unter großem Medienrummel mit einem Hubschrauber auf den gleichen Felsen, holten die griechische Fahne ein und hißten die türkische. Nun folgte ein "Medienkrieg" zwischen beiden Ländern. Griechenland entsandte Marineeinheiten auf die Insel, welche die blauweiße Fahne wieder aufrichteten. Auch Ankara entsandte nun Kriegsschiffe in die Region. In der Nacht des 31. Januar konnte die Krise auf telefonische Vermittlung des US-Präsidenten Clinton und seiner Administration entschärft werden. Beide Staaten zogen ihre Kriegsmarine ab und stellten den Status quo ante wieder her. Während die Türkei diesen Ausgang als Sieg feierte, mußte sich Ministerpräsident Simitis mit Kritik - auch aus den eigenen Reihen - auseinandersetzen, hatte er doch zugestimmt, daß die griechische Fahne auf der Insel eingeholt wurde. In Griechenland entbrannte seitdem eine heftige Debatte über die künftige Türkeipolitik des Landes und über die "Bedrohung aus dem Osten". Denn es habe sich hier nicht um den alten Ägäis-Konflikt (Ausdehnung des griechischen Festlandsockels, des Luftraumes oder der Territorialgewässer) gehandelt, vielmehr habe die Türkei nun erstmals die *griechische Souveränität über griechisches Territorium* in Frage gestellt.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> Vgl. die griechische Nachrichtensendung "Eidiseis" vom 12.5.1996, 21.00 OESZ, ET 1.

<sup>34</sup> Vgl. zum Folgenden: Stamatis Georgoulis, Symeon Soltaridis: *Imia, I anamfisviti elliniki kyriarchia*, Athen 1996, S. 27-34 und Ekkehard Kraft: "Der griechisch-türkische Streit in der Ägäis", in: NZZ vom 12.4. 1996, S. 7.

<sup>35</sup> So Christos Rozakis, in: *Ta Nea* vom 1.2.1996.

Die internationale Staatenwelt wird von griechischer Seite aus nun verstärkt danach beurteilt, ob der Türkei politische, diplomatische, strategische oder ökonomische Unterstützung (bzw. was Athen dafür hält) gewährt wird.<sup>36</sup>

Seit dem Jahre 1994, besonders aber seit der jüngsten Ägäis-Krise, ist in der griechischen Gesellschaft die Debatte über eine effektive kurz- und mittelfristige politische, diplomatische und militärische Strategie gegenüber der Türkei zu dem zentralen außenpolitischen Diskussionsthema geworden.<sup>37</sup> Im Internationalen Institut der Pantios-Universität von Athen wurde unlängst eine Arbeitsgruppe zur Analyse der griechisch-türkischen Beziehungen gegründet. Weitere wissenschaftliche Institutionen und die Massenmedien des Landes beteiligen sich intensiv an der Strategiedebatte.<sup>38</sup>

Im Juli 1996 vereinbarten Athen und Ankara im Laufe dieses Sommers (d.h. bis zum 1. September), auf jegliche militärische Übung in der Ägäis zu verzichten. Diese Übereinkunft kam unter kräftiger Mitwirkung von NATO-Generalsekretär Solana zustande und könnte, so die Hoffnung von NATO-Vertretern, einen ersten Schritt für den Abschluß eines umfassenderen Paketes vertrauensbildender Maßnahmen zwischen beiden Ländern bilden. Ob dies allerdings dem Plan Washingtons gemäß noch vor den US-Präsidentenwahlen vom November 1996 erfolgen kann, ist mehr als fraglich.<sup>39</sup> Ende 1996 beginnt dann in Griechenland die "Vorwahlkampfzeit", denn 1997 endet die Legislaturperiode des Parlaments und in Hellas stehen Wahlen an. Eine Annäherung an die Türkei, die ohne Frage auch mit griechischen Zugeständnissen verbunden wäre, dürfte dann nur schwer wahltaktisch zu "vermarkten" sein.

Der betont "europäische Kurs" des seit Januar 1996 amtierenden griechischen Ministerpräsidenten Simitis ist ein *neues* Merkmal griechischer Außenpolitik.<sup>40</sup> Bereits kurz nach der Imia-Krise reiste Simitis in wichtige europäi-

<sup>36</sup> Vgl. beispielhaft: "Stin Tourkia dinoun ta Valkania oi HPA [Die USA übergeben den Balkan der Türkei]", in: *Ependytis* vom 6./7.4.1996, S. 1 und 3 sowie "'Dichotomoun' ta Valkania oi HPA [Die USA teilen den Balkan auf]", in: Ebenda, S. 20 f.

<sup>37</sup> Unlängst waren hierzu auch erfreuliche, eher in Andeutungen gehaltene Diskussionsbeiträge aus beiden Ländern zu hören. Dem griechischen Außenminister Pangalos wurde die Bereitschaft nachgesagt, über die Entmilitarisierung östlicher Ägäis-Inseln nachzudenken, wenn die Türkei entsprechend mit ihrer "Ägäis-Armee" mit Hauptquartier in Izmir umgeht. Vgl. "'Diaitisia' Simiti stin kontra Arseni-Pagkalou", in: *Ependytis*, 6./7.4.1996, S. 20.

<sup>38</sup> Vgl. Dimitris Konstas: "Oi politikes kai nomikes diastaseis tis krisis stin Imia", in: *Kathimerini* vom 18.2.1996, S. 8 und Thanos Veremis: "To pedio tis ellinotourkikis anametrisis", in: Ebenda.

<sup>39</sup> Vgl. "NATO: Elpida gia ta ellinotourkika", in: *Ethnos*, 8.7.1996, S. 4.

<sup>40</sup> Wegen der noch zu kurzen Amtsperiode des Kabinetts Simitis kann derzeit aber noch keine zuverlässige Analyse über dessen Europapolitik erstellt werden. Nach der Wahl Simitis zum Parteivorsitzenden der PASOK auf dem Parteikongreß Ende Juni 1996 kann nun auch von einer innerparteilichen Festigung der Position des griechischen Ministerpräsidenten gesprochen werden. Eine Meinungsumfrage vom Juli 1996 machte deutlich, daß sich der Ministerpräsident auf die Akzeptanz von 87,9 % der PASOK-Wähler stützen kann. Solche Prozentwerte konnte selbst Andreas Papandreou nicht in seinen letzten

sche Metropolen (London, Paris, Bonn), um für Unterstützung der griechischen Position im jüngsten Streit mit Ankara zu werben. Griechenland erhielt von der EU später die Bestätigung, daß seine Grenzen zugleich die Außengrenzen der Union seien. Eine ausdrückliche Bestätigung, *wo* diese Außengrenzen denn in der Ägäis verlaufen, gibt es aber nicht. Dazu betonte der Athener Parlamentsabgeordnete Stefanos Manos treffend: Die Entschließung des Europaparlaments über die Grenzen Griechenlands als Außengrenzen der Union sei zwar erfreulich, der Kern des Problems sei jedoch der, daß eine kartographische Abbildung dieser Außengrenzen erstellt werden müsse. Hier würden sich möglicherweise die Geister scheiden. Es stelle sich nämlich nicht die Frage, *ob* die Grenze Griechenlands auch die Außengrenze der EU darstelle, sondern *wo* nach Auffassung der europäischen Partner diese Grenze verlaufe.<sup>41</sup> Es verwundert daher nicht, daß Griechenland bei den derzeitigen Beratungen über die Gemeinsame Außen- u. Sicherheitspolitik der EU im Rahmen der "Regierungskonferenz 1996" Fragen der Anerkennung, Achtung und Garantie der Außengrenzen der Union im revidierten Maastrichter Vertrag verankert wissen will.<sup>42</sup>

### **Wissenschaftliche Strategiedebatte über die Außenpolitik Griechenlands: Nationalisierung griechischer Außenpolitik versus Mitwirkung an gemeinsamer EU-Außenpolitik**

Die oben beschriebenen außenpolitischen Entwicklungen Griechenlands haben seit Beginn der neunziger Jahre auch Eingang in die politikwissenschaftliche Diskussion gefunden und unter griechischen Politologen, Sozialwissenschaftlern und Juristen zu kontroversen Ansichten über Prioritäten und Ausrichtung der Athener Außenpolitik geführt. Herauskrystallisiert haben sich dabei zwei konträre Denkschulen, die "geltende" und die "revisionistische" (nach Th. Kouloumpis<sup>43</sup>) die beide dem Umfeld des "traditionellen Realismus" zuzuordnen sind.<sup>44</sup> Kennzeichnend für die "geltende" Schule ist die

---

Amts Jahren für sich verbuchen. Vgl. dazu die Befragung des Instituts PRC, veröffentlicht in: *Ta Nea* vom 20.7.1996, hier zit. nach: *To Vima* vom 21.7.1996, S. A 44..

<sup>41</sup> Vgl. den Artikel von Manos, Stefanos, *Tourkia-Skopia kai exodos apo tin apomonosi*, in: *Kathimerini* vom 18.2.1996, S. 3. Die gleiche Argumentation wie der konservative Politiker vertrat am 6. Mai 1996 in der griechischen Nationalversammlung Aleka Papariaga, Vorsitzende der kommunistischen Parlamentsfraktion, anlässlich der Debatte über Simitis' USA-Reise und über die "nationalen Themen". (Vgl. die Sendung "Vouli ton Ellinon", gesendet am 12.5.1996, 13.00 bis 13.45 Uhr OESZ, im griechischen Fernsehen ET 1).

<sup>42</sup> Vgl. *Parlament der Griechen*, Bericht des Parlamentsausschusses für Europäische Angelegenheiten vom 15.3.1996, Athen 1996, S. 4 (griech.).

<sup>43</sup> Vgl. zur folgenden Beschreibung dieser beiden außenpolitischen Denkschulen: Theodoros Kouloumpis: "Synesi i sigkrousi", in: *Eleftherotypia* vom 20.8.1995, S. 26.

<sup>44</sup> Der Autor verwendet hier die Terminologie von Theodoros Kouloumpis, um eine Begriffsverwirrung zu vermeiden. An dieser Stelle muß allerdings betont werden, daß Anhänger der von Kouloumpis charakterisierten "revisionistischen Schule" eine andere

Betonung auf eine besonnene und umsichtig geführte Außenpolitik, die Vertreter der "revisionistischen" Denkart heben dagegen die Bedeutung der Konflikte in den internationalen Beziehungen hervor.

### "Geltende Schule" - Vertrauen in Griechenlands Westintegration

Die Prinzipien der "geltenden Schule" haben seit dem Sturz der Obristen-Diktatur und der Wiedererichtung der Demokratie im Jahre 1974 die praktische Außenpolitik aller Regierungen Griechenlands bestimmt. Dies gilt trotz der scharfen rhetorischen Ausfälle in Wahlkampfzeiten oder anlässlich der jüngsten Auseinandersetzung zwischen Athen und Skopje über das Makedonienproblem.

Grundlage der "geltenden Schule" bildet die Annahme, daß Griechenland, besonders seit 1974, mit ständigen revisionistischen Ansprüchen des Nachbarlandes Türkei konfrontiert und aus diesem Grund gezwungen ist, ein ausreichendes militärstrategisches Gleichgewicht zum östlichen Nachbarn zu erhalten. Damit soll die Möglichkeit eines plötzlichen Angriffes der Türkei, der erneut (wie im Fall Zypern) "vollendete Tatsachen" schaffen könnte, verhindert werden.

Griechenland gehöre, so die Einschätzung der Vertreter der "geltenden Schule", zur Gemeinschaft politisch und ökonomisch entwickelter Staaten, zwischen denen seit Jahrzehnten, entsprechend den Prinzipien des freien Marktes, starke wechselseitige politisch-ökonomische Abhängigkeit bestehe. Die EG/EU-Mitgliedschaft bilde zugleich den Eckpfeiler einer strategischen Integration in eine größere geographische Region die durch politische Stabilität und demokratische Prinzipien geprägt sei. Nach Auffassung dieser Denkrichtung wurden mit Eintritt in die EG Gewohnheiten aus der Vergangenheit aufgegeben, die das nationale Interesse Griechenlands auf der Basis von territorialen Ansprüchen, Irredentismus, ökonomischem Protektionismus, kolonialstaatlichem Denken oder dem Denken in "Einflußzonen" entsprechend definierten. Die Mitgliedschaft in diesem "Hort der Stabilität" stützte zweifelsohne die demokratischen Institutionen des Landes und die ökonomischen Potenzen. Zudem bietet sie Schutz vor expansionistischen Aktivitäten Ankaras (die in Griechenland nicht erst seit dem "Imia-Konflikt" für möglich erachtet werden).

Weitere Essentials der "geltenden Schule" für die Durchführung griechischer Außenpolitik sind:

---

Terminologie verwenden. So verwendet beispielsweise A. Platias die klassische Einteilung und spricht von "(Neo)liberalen" und "(Neo)realisten". Vgl. hierzu Athanasios Platias, Beitrag zum Kapitel "O schediasmos tis ellinikis exoterikis politikis", in: D.K. Konostas, P.I. Tsakonas (Hrsg.): *Elliniki exoteriki politiki, esoterikes kai diethnes parametroi [Griechische Außenpolitik, interne und internationale Parameter]*, Athen 1994, S. 156-176 und Theodoros Kouloumpis: "Synesi i sigkrousi", in: *Eleftherotypia* vom 20.8.1995, S. 26.

1. Erhalt des territorialen Status quo und Verzicht auf territoriale oder irredentistische Forderungen gegenüber den Nachbarstaaten.
2. Bereitschaft, bei etwaigen Bedrohungen gegen die territoriale Integrität oder die verfassungsmäßige Ordnung des Landes auch militärisch zu agieren.
3. Fürsorge mit im benachbartem oder entfernten Ausland lebenden Griechen und Entwicklung gutnachbarschaftlicher, freundschaftlicher Beziehungen zu den entsprechenden Staaten.

Oberste Priorität genießt in dieser Denkrichtung eine konsequente Ausgleichspolitik. Dies schlug sich auch in der Zeit des Ost-West-Gegensatzes nieder, als Athen die mehrseitige Zusammenarbeit der Balkanstaaten suchte.<sup>45</sup>

### **Die "Revisionisten" - Skeptiker gegenüber der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik**

Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und dem Abbau des Ost-West-Konfliktes hat die "revisionistische Schule" in Griechenland an Terrain gewonnen. Sie bezeichnet sich als allein "realistisch" analysierend, kritisiert die aktuelle außenpolitische Strategie als passiv, verkrampt, beschwichtigend sowie nachgiebig und betont, wie gefährlich die aktuelle Situation Griechenlands sei. Die westlichen Staaten werden für den drohenden Verlust der religiösen, kulturellen und sprachlichen Identität der Griechen verantwortlich gemacht. Die "Revisionisten" fordern eine Isolierung dieser "Propagandisten des Konsums, des Wohlstands und des Zynismus" und rüsten für die "Schlacht einer alleinstehenden, von überallher bedrohten hellenischen Nation". Das internationale Staatensystem halten die "Revisionisten" für führungslos, gefährlich und konflikträchtig, da es nach ihrer Auffassung die starken Staaten immer mächtiger und die kleinen Staaten immer bedeutungsloser werden läßt. *Israel* gilt dieser Schule als Vorbild für die Außenpolitik Griechenlands, *Israel* zeichnet sich durch seine militärische Stärke aus und hat in den USA einen überaus starken Verbündeten. Dieses Land, so die "Revisionisten", schrecke nicht davor zurück, seine Armee vorsorglich einzusetzen um "neue Fakten" zu schaffen, die bei späteren Friedensverhandlungen dann präsentiert würden und damit das nationale Interesse des Landes beför-

---

<sup>45</sup> Das gute Verhältnis zwischen Griechenland und Bulgarien in den achtziger Jahren war besonders auffallend. Beide Staaten schlossen im Jahre 1986 de facto einen Nichtangriffspakt. Hierbei handelt es sich um ein einzigartiges Dokument, welches zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die gegensätzlichen Militärbündnissen angehörten, geschlossen worden war. Als im März 1987 die Türkei das Forschungsschiff "Sismik 1" zur Untersuchung über Erdölvorkommen in die Ägäis entsandte und beabsichtigte, in griechischen Hoheitsgewässern Untersuchungen vorzunehmen, befanden sich Athen und Ankara innerhalb kürzester Zeit nahe an einem militärischen Zusammenstoß in der Ägäis. In dieser Phase reiste der griechische Außenminister Papoulias zuallererst nach *Sofia*, um die bulgarische Regierung über den Zwischenfall zu informieren und zu konsultieren. Vgl. Heinz Richter: *Friede in der Ägäis?*, a.a.O. und Kyriakos Kentrotis: "Voulgaria", a.a.O., S. 397-399.

dernten.<sup>46</sup> In ihrer Zugehörigkeit zur EU sehen die Vertreter dieser Richtung kein geeignetes Mittel, den feindlichen Aktionen der Türkei vorzubeugen, vielmehr liegt für sie in der EU-Mitgliedschaft und der "Europäisierung" Griechenlands die Gefahr einer lediglich von außen gewährten Sicherheit, die mehr als zweifelhaft sei. Sie schlagen deshalb vor, (politische und militärische) Bündnisse je nach aktuellen politischen Erfordernissen und Möglichkeiten zu schließen: Auf dem Balkan mit Serbien, im Osten der Türkei mit den Kurden und den Armeniern sowie mit anderen kleineren und mittleren Staaten, deren Interessen ebenfalls im Gegensatz zur Türkei stehen.<sup>47</sup> Die "Revisionisten" kritisieren zudem die nachgiebige und passive Politik Griechenlands im Zypern-Problem, in der Ägäis und in Thrakien, ebenso in der Norddepirus-Frage und im Verhältnis zum [zur ehemaligen] jugoslawischen [Republik] Makedonien. Sie betonen, daß Griechenland es unterlasse, seine eigenen (Kraft-) Quellen zu nutzen, um seine ökonomischen und militärischen Stärken zugunsten der eigenen Interessen einzusetzen.

Ein engagierter Vertreter dieser Richtung, Athanasios Platias,<sup>48</sup> wendet seinen "realistischen Approach", auf die griechische Außenpolitik an und beginnt bei der Analyse der türkischen Bedrohung. Seiner Meinung nach entwickelt sich die Türkei trotz bestehender innenpolitischer Probleme zu einer regionalen Supermacht. Dabei nutzt Ankara erfolgreich 1. das Vakuum an politischem Einfluß, welches die untergegangene UdSSR hinterlassen hat und 2. das zu seinen Gunsten veränderte militärische Kräftegleichgewicht. Wenn es Griechenland nicht gelingt, die Türkei zurückzudrängen (containment), wird das Land zu einem Satelliten der Türkei degenerieren. Griechenland wird dann gezwungen sein, eine Politik einzuschlagen wie sie die von ihm kritisierten Anhänger einer liberalen außenpolitischen Denkrichtung vorschlagen würden: Darin aber sieht Platias eine "Politik des Nachgebens", was

---

<sup>46</sup> Griechenlands Außenminister Pangalos äußerte sich am 19. Mai 1996 recht deutlich zum Vorbild Israel. Die gegenwärtigen griechisch-türkischen Beziehungen ließen keine Verminderung der Verteidigungsanstrengungen zu. Im Gegenteil, wegen der künftigen geburtenschwachen Jahrgänge, die der griechischen Armee zur Verfügung stünden, müßten folgende Maßnahmen getroffen werden: Einberufung zum Militär mit 18 Jahren, ohne Gestattung von Aufschieben oder sonstigen Ausnahmen, Einberufung auch von Frauen (zumindest für ein halbes Jahr) zum Militärdienst. Darüber hinaus müsse in Griechenland eine "Volksverteidigung" organisiert werden. Pangalos weiter: "Ich schlage nicht vor, daß wir genau so werden müssen wie Israel, aber in diese Richtung müssen wir uns orientieren." Vgl. das Interview von Stefanos Kasimatis mit dem griechischen Außenminister Pangalos, in: *Eleftherotypia* vom 19.5.1996, S. 8 f.

<sup>47</sup> Auf einer Veranstaltung des Instituts für Internationale Beziehungen der Athener Panthios-Universität betonte Verteidigungsminister Arsenis im Juni 1996 die Bedeutung eines Systems verteidigungspolitischer *Vernetzung mit anderen Staaten der Region* für die militärische Stärke Griechenlands. Vgl. Arsenis: "Amyntiki diktyosi me alles chores", in: *Ta Nea*, 20.6.1996, S. 7.

<sup>48</sup> Vgl. Athanasios Platias: Beitrag zum Kapitel "O schediasmos tis ellinikis exoterikis politikis", in: D.K. Konstas, P.I. Tsakonias (Hrsg.): *Elliniki exoteriki politiki, esoterikes kai diethnes parametroi [Griechische Außenpolitik, interne und internationale Parameter]*, Athen 1994, S. 156-176, insbes. S. 167f.

schließlich zum Verlust der griechischen Souveränität in der Ägäis und in Thrakien führen würde. Die Türkei bräuchte dann gar keinen Gebrauch von ihrer militärischen Stärke zu machen, sie brächte lediglich ihre militärische Überlegenheit zur Geltung, um daraus politischen Nutzen zu ziehen (coercive diplomacy). Folglich sei die Herstellung eines Gleichgewichts zur Türkei das Hauptproblem der griechischen Außenpolitik-Strategie. Verhandlungen mit der Türkei dürfen nach Platias' Auffassung nur von einer "Position der Stärke" aus geführt werden.<sup>49</sup>

Kritiker der "Revisionisten" sehen in dieser harten und unverhandelbaren Linie die Gefahr, daß Griechenland in der Balkanregion in Konflikte mit seinen Nachbarstaaten geriete. Setzt sich die "revisionistische" Denkschule auch im Athener Außenministerium durch, dann ist zweierlei zu erwarten: Ein verschärftes Wettrüsten auf dem Südbalkan sowie neue Militärkonflikte, die über einen "Beinahe-Zusammenstoß" nach Art der diesjährigen Imia-Krise hinausgehen und zugleich die außen- und sicherheitspolitischen Differenzen Athens zu den EU-Partnern erhöhen werden.

Panos Kasakos gibt eine wirklichkeitsnähere Beschreibung der außenpolitischen Gegebenheiten und konzediert, daß die unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle der Türkei den Kern der Probleme Griechenlands mit der Politik der EU bilden. Die Unterschiede würden deutlich, wenn man die griechische mit der deutschen Position gegenüber der Türkei vergleiche. Für das offizielle Deutschland habe die Türkei strategische Bedeutung für Europa und deshalb müsse jeder Versuch unternommen werden, die Türkei an Europa zu binden. Folglich müsse auch der Assoziationsvertrag zwischen der Türkei und der EU in Kraft treten, damit ökonomische Hilfe geleistet werden könne, um damit politische und ökonomische Reformen zu unterstützen. Trotz bestehender Auffassungsunterschiede zu diesem Thema sei dies die gemeinsame Auffassung des Mainstreams in Europa. Im wesentlichen, so fährt Kasakos fort, gehe die Mehrzahl der EU-Regierungen davon aus, daß die türkische Außenpolitik genügend in Europa und auch in der NATO "plaziert" sei, so daß jegliches (militärische) "Abenteuer" gegenüber Griechenland vermieden werde. Die Kosten für die Türkei sowohl im ökonomischen wie im nicht-ökonomischen Bereich wären nahezu gigantisch.<sup>50</sup> Kasakos weist anschließend auf ein weiteres Defizit hin, welches die griechische Politik im Hinblick auf die gemeinsame Definition und Bewältigung von europäischen Sicherheitsproblemen charakterisiert. Wenn auf europäischer Ebene über Probleme wie Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, nationale Konflikte, Umweltprobleme diskutiert werde, dann habe die Teilnahme Griechenlands bei diesbezüglichen Besprechungen und Diskussionen keine wirkliche Tiefe, sondern sei eher durch Oberflächlichkeit gekennzeichnet: "Wir [Griechenland - J.R.]

<sup>49</sup> Vgl. zur Konzeption der Politik der Stärke, angewendet auf die jüngsten Differenzen Athen-Ankara von 1996 auch den kürzlich veröffentlichten Beitrag von A. Platias: "Strategikoi Schediasmoi" in: *Kathimerini* vom 25.5.1996, S. 3.

<sup>50</sup> Vgl. Panos Kasakos: *Thesmikes metarrithmiseis stin Efrogpaiki Enosi*, Athen 1996, S. 90.

verfolgen die Diskussionen so, als wenn sie uns nicht betreffen würden. In unserem Land gibt es keine ernsthafte Problemdiskussion darüber, was genau der Terrorismus für unser Land bedeutet und warum er eine gemeinsame Gefahr darstellt. Wenn die Anderen auf diese Gefahr hinweisen, schweigen wir, wenn die Anderen über den islamischen Fundamentalismus sprechen, dann richten wir die Aufmerksamkeit auf die *heutige* Türkei. [...] Unser Interesse richtet sich nahezu ausschließlich auf die spezielle regionale Gefahr, der wir [Griechenland - J.R.] gegenüberstehen."<sup>51</sup>

---

<sup>51</sup> Ebenda, S. 91.